dem Reichstag angehören, der schon früher aus Zittau entsandte Kaufmann Buddeberg und der temperamentvolle freisinnige Führer Günther-Plauen.

Bemerkenswerte Erfolge erzielten dieses Mal Anhänger der deutschen Reformpartei, der Deutschsozialen, der Christlichsozialen und der Mittelstandsbewegung. Zu den beiden Christlichsozialen Stöcker und Burckhardt kommt jetzt der christliche Gewerkschaftsführer Behrens hinzu; in Sachsen ist von Meißen aus der schon frühere Parlamentarier Gräfe wiedergewählt worden — in Hessen haben Koehler (Gießen) und Bindewald (Lauterbach) ihre alten Mandate, die inzwischen an nationalliberale Vertreter übergegangen waren, wieder erobert und Marburg wird künftighin der jugendliche Dr. Böhme vertreten. v. Lattmann und Schack haben ihre Mandate behalten. Aus Sachsen-Weimar hat als Vertreter der Residenz der Deutschsoziale Graef ein Mandat erobert. Von Zentrumsmännern sei wenigstens Trimborn genannt, der Köln mit Erfolg verteidigte.

Zu den Sozialdemokraten, die dieses Mal den Wahlkampf mit ihren Verlusten zu bezahlen haben, gehören außer den schon nach dem 25. Januar genannten die bekannten Führer Dr. Gradnauer, Molkenbuhr, Baudert, Grenz, Herbert, Quark, Pinkau, Beus, v. Elm, Gerisch — dann ganz unerwartet Birk, der München I verlor. Dagegen werden von Vollmar, David, Hoch, Bömelburg und Huë neben anderen nicht fehlen.

Noch gäbe es manchen Namen, der zu nennen wäre, teils weil er im Reichstag nicht mehr genannt werden wird, teils weil er als altbekannt wiederkehrt. Aber diese Auslese möge genügen. Die Reichstagsverhandlungen werden bald genug Gelegenheit geben, die alten und die neuen Männer zu nennen aber auch derer zu gedenken, die dem Reichstag etwas waren, jetzt aber ihm nach dem Willen des Volkes im Parlament nichts sein sollen.

Deutsches Reich.

Leipzig, 7. Februar.

*** Des Königs Freude über die Stichwahlen in Sachsen.** Das „Dresdner Journal" meldet: Seine Majestät der König hat angesichts des erfreulichen Ergebnisses der gestrigen Stichwahlen in einem an den Staatsminister Grafen v. Hohenthal und Bergen gerichteten Telegramme seiner freudigen Genugtuung erneuten Ausdruck gegeben und hierbei auch dankbar der loyalen Gesinnung Erwähnung getan, die Seiner Majestät noch am gestrigen Abend in vielen Hunderten von Depeschen bekundet worden ist. — Im Anschluß hieran schreibt unser Dresdner Korrespondent: Bekanntlich hatte der König schon unmittelbar nach der Hauptwahl ein ähnliches Telegramm an den Grafen Hohenthal gerichtet, und als er dann zur Beglückwünschung des deutschen Kaisers am 26. Januar nach Berlin fuhr, freute er sich ganz besonders, selbst der Träger einer so frohen Botschaft sein zu können. Wie aus Berlin berichtet wird, haben sich die beiden Monarchen dort längere Zeit über das Ergebnis der Hauptwahl unterhalten, und auch der Kaiser hat bei dieser Gelegenheit seinen Gefühlen sehr lebhaften Ausdruck verliehen, obwohl er damals noch nicht wissen konnte, daß die Stichwahlen die Niederlage der Sozialdemokraten in ihrer bisherigen Hochburg zu einer so vollständigen machen würden. Kaum weniger groß als am Hofe ist die Freude in den zurzeit maßgebenden Regierungskreisen. Hier sind es zwei Momente im Wahlkampf, die den Leitern der sächsischen Politik Anlaß zur Genugtuung geben. Erstens natürlich auch die Niederlage der Sozialdemokratie, deren Gewaltherrschaft über die Massen des Volkes nicht zum mindesten das Hindernis gewesen ist, das einer Revision der sächsischen Verfassung im volksfreundlichen, liberalen Sinne bisher im Wege gestanden hat. Man glaubte es nicht wagen zu können, dem Volke diese Waffe in die Hand zu geben. Dieses Hindernis ist nun glücklich beseitigt, aber mit ihm zugleich ein zweites, das den liberal gesinnten Männern in der sächsischen Regierung nicht viel weniger Sorgen gemacht hat. Die Wahlen haben den Beweis dafür erbracht, daß das sächsische Bürgertum in seiner überwiegenden Mehrheit auf dem Boden eines gesunden nationalen Liberalismus steht, eines Liberalismus, der den Willen und die Fähigkeit hat, Realpolitik in echt vaterländischem Geiste zu treiben. Es ist allerdings zu hoffen, daß die Leitung der sächsischen Regierung dafür anders danken wird, als wie die Liberalen sie früher so oft von der Reichsregierung entgegennehmen mußten. Die Schwenkung, die in der sächsischen Politik durch die Berufung des Grafen Hohenthal vollzogen wurde, ist von der Bevölkerung Sachsens nicht jetzt erst mitgemacht worden, — sie war dem Volke längst Bedürfnis und ist jetzt nur durch das glückliche Zusammenwirken verschiedener Faktoren zu so starkem Ausdruck gekommen.

*** Hof und Gesellschaft.** Der Kaiser und die Kaiserin statteten gestern vormittag im Reichskanzlerpalais einen Besuch ab und beglückwünschten die Fürstin Bülow zum Geburtstage. Der Kaiser hatte dann eine Besprechung mit dem Reichskanzler und empfing später im königlichen Schlosse die Arbeitskommission für das Volksliederbuch für Männerchöre. — Prinz und Prinzessin Heinrich von Preußen sind gestern in Homburg v. d. H. eingetroffen.

*** Regierung und Zentrum.** Schärfer als man es nach den offiziösen Kundgebungen zwischen Hauptwahl und Stichwahlen erwarten konnte, spricht sich die halbamtliche „Nordd. Allg. Ztg." in einem Artikel nach den Wahlen gegen das Zentrum aus. Sie schreibt: Die patriotischen Kundgebungen dieser Nacht vor dem Schlosse und vor dem Palais des Reichskanzlers haben gezeigt, daß die Bevölkerung von Berlin über die Bewertung der gestrigen Wahlergebnisse sich sofort klar gewesen ist. Die freudige Genugtuung, welche viele Tausende in nationaler Begeisterung zum Kaiser und zum Reichskanzler drängte, wird heute im ganzen Reiche geteilt. Die Stichwahlen haben gehalten, was die Hauptwahlen versprochen hatten; das bedarf keiner langen Erörterung. Eine kurze nüchterne Betrachtung mag nur bestätigen, was jeder sofort gefühlt hat. Im vorigen Reichstage hatten die Parteien, welche die kolonialen Forderungen zu Falle brachten, 199 Sitze inne. Dazu kamen eine Anzahl Fraktionslose, die diese Majorität noch verstärkten. Diese Parteien sind durch die Wahlen in knapper Rechnung um etwa 50 Sitze geschwächt worden. Eine zuverlässige nationale Mehrheit ist also geschaffen worden, eine nationale Mehrheit, die von der bisher ausschlaggebenden Partei, dem Zentrum, unabhängig ist. Das Zentrum wird künftig nicht mehr in der Lage sein, mit Hilfe der stets negierenden Parteien, der Sozialdemokraten und Polen, eine Mehrheit zu bilden. Es hat künftig in nationalen Fragen nicht mehr, wie bisher, die Wahl zwischen Gewähren und Versagen. Wer diese seine bisherige Machtstellung als schädlich empfunden hat, der darf heute befreit aufatmen. Das Zentrum kehrt zwar sogar noch um einige Sitze verstärkt in den Reichstag zurück, aber es kehrt zurück in einen anderen, in einen nationalen Reichstag. Diesen neuen Reichstag geschaffen zu haben, ist das Verdienst des deutschen Bürgertums. Nichts ist bezeichnender für die hinter uns liegenden Wahlen als die nationale Geschlossenheit, mit der die bürgerlichen Parteien, vor allem in den großen Städten, an die Urne getreten sind. Eine weitere Schwächung der sozialdemokratischen Fraktion ist gerade durch die Partei verhindert worden, die sich bisher als das „sicherste Bollwerk" gegen die sozialdemokratische Flut zu bezeichnen pflegte. Wir glauben, daß diese Haltung des Zentrums nicht ohne Rückwirkung auf die Parteien bleiben wird. Der Sieg über die Sozialdemokratie ist erfochten worden ohne, ja gegen das Zentrum. Um so erfreulicher ist das glänzende Ergebnis für die Sieger. Freuen wir uns des Erreichten und arbeiten wir an der Sicherung und Befestigung des errungenen Gutes." — Man wird gut tun, diese Auslassung in ihrer Zentrumsgegnerschaft nicht zu überschätzen. Es spricht sich hier mehr nur der Aerger darüber aus, daß das Zentrum die Sozialdemokratie unterstützt hat, als daß vermutet werden dürfte, bei der Regierung mache sich über diese taktisch nationalen Fragen hinaus eine prinzipielle Gegnerschaft gegen die Zentrumspartei bemerkbar. So lange dies aber nicht eintritt, wird man nur befürchten müssen, daß Bülow dort, wo er die konservativ-liberale Mehrheit ausschalten will, eine konservativ-ultramontane Mehrheit als Stützpunkt benützt. Das Zentrum wird nicht verfehlen darnach seine Politik einzurichten.

*** Abgelehnte Mandate.** Der Reichstagsabgeordnete von Czarlinski hat sein Reichstagsmandat für Wreschen-Pleschen-Jarotschin abgelehnt, dagegen das Mandat in Wirsitz-Schubin, wo er ebenfalls gewählt wurde, angenommen. In Wreschen muß demnach eine Nachwahl stattfinden. — Wie uns weiter ein Privattelegramm aus Kassel meldet, wird der Reichstagsabgeordnete Eickhoff das Mandat in Mühlhausen i. Th. annehmen, das in Lennep ablehnen, so daß in Lennep eine Nachwahl stattzufinden hat.

*** Zentralstelle für Volkswohlfahrt.** Der durch Beschluß der Delegiertenversammlung der früheren Zentralstelle für Arbeiter-Wohlfahrtseinrichtungen vom 5. November v. J. aus dieser hervorgegangenen Zentralstelle für Volkswohlfahrt sind durch königliche Order vom 21. Januar die Rechte einer juristischen Person verliehen worden. Die neue Zentralstelle hat nunmehr an eine große Anzahl von Wohlfahrtsvereinen, namentlich an die großen Zentralorganisationen und Provinzialverbände eine Aufforderung zum Beitritte versandt. Da eine vollständige Statistik aller Wohlfahrtsvereinigungen, insbesondere auch der lokalen, nicht existiert, ist es leicht möglich, daß dabei der eine oder andere in Betracht kommende Verein übersehen worden ist. Der Geschäftsführer der Zentralstelle bittet daher, Anmeldungen von Vereinen, auch wenn sie keine besondere Einladung erhalten haben sollten, an das Bureau der Zentralstelle für Volkswohlfahrt, Berlin SW., Dessauerstraße 14, richten zu wollen.

*** Den stärksten prozentualen Stimmenzuwachs** von den Parteien des Reichstags haben die drei freisinnigen Gruppen aufzuweisen, nämlich 40 v. H., es folgen die Nationalliberalen mit 26 v. H., die beiden konservativen Parteien mit 18 v. H., das Zentrum mit 16 v. H. und die Sozialdemokratie mit 8 v. H. Danach ist die Zunahme der sozialdemokratischen Stimmen ganz erheblich, die der Zentrumsstimmen auch noch beträchtlich hinter dem allgemeinen Wachstum der Stimmenzahl zurückgeblieben, die Wählerschaft der Parteien der Rechten hat sich regelmäßig vermehrt, und die liberalen Parteien haben einen entschiedenen Aufschwung zu verzeichnen. Außerdem ist bei der Sozialdemokratie noch zu berücksichtigen, daß sie sich das Vergnügen leistete, in sämtlichen 397 Wahlkreisen Zählkandidaten aufzustellen, sodaß dadurch eine künstliche Herausschraubung ihrer Gesamtziffer herbeigeführt wurde.

*** Das Zeugniszwangsverfahren** gegen Redakteure treibt weiter seine jedes feinere Rechtsgefühl verletzende Blüten. Der Rechtsanwalt Suchsland in Halle hatte sich durch einen Artikel des dortigen sozialdemokratischen Blattes beleidigt gefühlt. Anstatt gegen den verantwortlichen Redakteur Maltenbuhr zu klagen, klagte er gegen den von ihm vermuteten Verfasser Redakteur Thiele und Maltenbuhr sollte unter Zeugeneid aussagen, wer der Verfasser sei! Natürlich weigerte sich Maltenbuhr, da er durch seine Aussage sich einer für einen Redakteur verächtlichen Handlungsweise schuldig gemacht haben würde. Er wurde daraufhin zu 75 und 100 ℳ Strafe verurteilt. Nunmehr soll dieses traurige Zwangsverfahren gegen einen anderen Redakteur des Blattes Dänning versucht werden. Natürlich wird es denselben Mißerfolg haben. Herr Rechtsanwalt Suchsland aber erwirbt sich den Ruhm, eine solche von der Presse nahezu aller Parteien verurteilten Pression zur Anwendung zu bringen!

Deutsche Kolonien.

*** Afrikanische Verlustliste.** Ein Telegramm aus Windhuk meldet: Oberarzt Arthur Strobler, geb. am 13. Februar 1877 in Schneidemühl, früher im Füsilier-Regiment Nr. 37, ist am 1. Februar im Feldlazarett Lüderitzbucht an Atemlähmung nach Typhus verstorben.

*** Die Walfischbai.** Ueber die Quelle der von England aus verbreiteten Nachricht, daß Deutschland die britische Walfischbai eintauschen wolle, teilt die „Neue politische Correspondenz" auf Grund sicherer Informationen das Nachstehende mit: Einflußreiche englische Großhandelskreise haben schon bei Ausbruch des Hereroaufstandes ihrer Hoffnung Ausdruck gegeben, daß der die Walfischbai umgebende deutsche Kolonialbesitz durch die Gewalt der Umstände schließlich England zufallen werde. Als man sich in England hierin getäuscht sah, hoffte man, daß aus den Neuwahlen zum Reichstage sich ein moralisches Votum für die Abstoßung des deutschen Kolonialbesitzes in Südwestafrika ergeben würde. Nachdem die Wahlen jedoch evident erwiesen haben, daß das deutsche Volk gar nicht daran denkt, auf seinen Kolonialbesitz zu verzichten, möchten diese englischen Großhandelskreise nunmehr ihrerseits die für sie wertlose Walfischbai gegen ein vorteilhafteres Objekt eintauschen. Aus dieser Situation heraus hat sich die beregte Zeitungsmeldung entwickelt.

nle. **Erziehung der Eingeborenen in unseren Kolonien zur Arbeit.** Mit der Gründung einer Ackerbauschule in unserer Kolonie Togo hat deren Gouverneur Graf Zech ein verdienstvolles Unternehmen zur systematischen Heranziehung der Eingeborenen für die kulturelle Bebauung des Bodens begonnen, das hoffentlich auch in unseren anderen Kolonien eine entsprechende Nachahmung und Nutzanwendung finden wird. Die Ackerbauschule in Nuatjä will die eingeborenen Schüler während der ersten beiden Lehrjahre mit der Bearbeitung und Pflege des Bodens, in erster Linie für Baumwolle, Mais, Erdnüsse und Yams, sowie für andere Feldfrüchte, vertraut machen und die mit der Kultur dieser Erzeugnisse zusammenhängenden allgemeinen wirtschaftlichen Grundbegriffe und Kenntnisse lehren (wie Boden- und klimatische Vorbedingungen für und Einflüsse auf die verschiedenen Kulturen, Düngungsarten, Behandlung und Pflege von Vieh usw.). Im dritten Lehrjahre erhält jeder Schüler einen Hektar Land zugeteilt, worauf er seine Kenntnisse anwenden kann. Zur Bebauung dieses Landes wird ihm ein Drittel der Arbeitstage (100 im Jahre) eingeräumt; Zugvieh und Ackergeräte werden ihm von der Ackerbauschule gestellt. Die entlassenen Schüler kehren in ihre heimatlichen Bezirke zurück und sollen dort auf einem von der Bezirksleitung angewiesenen Gelände angesiedelt werden. Da die entlassenen Schüler auch späterhin noch der Ueberwachung und Kontrolle bedürfen, sollen sie nicht über den Bezirk zerstreut, sondern möglichst in geschlossenen Niederlassungen angesiedelt werden. Jedem solchen Ansiedler sind 8 Hektar Land zu überweisen, von denen 2 unter Kultur gebracht und dauernd unter Kultur gehalten werden sollen, die übrigen 6 Hektar dienen zum Wechsel. Jeder Schüler erhält beim Abgang aus der Schule von der Baumwollinspektion einen Pflug, eine Hacke, ein Haumesser und eine Dungergabel überwiesen; auch darf jeder Schüler das von ihm selbst auf der Schule gefertigte Geschirr in den Heimatsbezirk mitnehmen. Von der Bezirksleitung sollen jedem solchen Ansiedler möglichst zwei bis drei zur Arbeit geeignete Rinder zur Verfügung gestellt werden. Nach der Ansiedelung sollen die entlassenen Schüler sofort mit dem Bebauen des ihnen überwiesenen Landes beginnen. Saatgut erhalten sie unentgeltlich überwiesen. Beim Urbarmachen der ersten beiden Hektar Landes soll ihnen möglichst Beihilfe gestellt werden. Die Ernten sind Eigentum der Ansiedler. Bei der finanziellen Verwertung der Ernte werden sie nach Möglichkeit mit Rat und Tat unterstützt.

Ausland.

Frankreich.

*** Gespannte Lage.** Die angekündigte Anfrage wegen Briands Runderlaß ist unterblieben, doch beschäftigten sich die Abgeordneten in den Wandelgängen mit nichts anderem. Allgemein herrscht die Auffassung, daß zwischen Briands Runderlaß und Clemenceaus heftigem Ausfall gegen die bischöfliche Erklärung am vorigen Mittwoch ein schroffer Gegensatz besteht. Doch nimmt die große Mehrheit für Briand Partei, dessen Ansehen fortwährend wächst, während dasjenige Clemenceaus in demselben Maße abnimmt. Die Meinung erhält sich, daß die Lage des Ministeriums unsicher geworden ist und der leiseste Zwischenfall eine Krise herbeiführen kann. Eine einzige bischöfliche Aeußerung über Briands Runderlaß ist bisher bekannt geworden. Der Bischof von Cahors weist seine Geistlichkeit an, den Bürgermeistern Kirchenmietverträge vorzuschlagen, fügt jedoch hinzu: „Das darf nicht als Annahme der vorgenommenen Beraubungen oder als Friedensschluß mit den Feinden der Kirche angesehen werden. Auch nach Abschluß der Mietverträge bleibt die Kirche in Frankreich im Stande der Verfolgung. Die Bischöfe nehmen dieses Mittel nur an, um ein größeres Uebel zu verhindern." Die anderen Stimmen aus dem klerikalen Lager lauten viel versöhnlicher, und die Hoffnung erhält sich, daß es zu einem befriedigenden Ausgleich in der Frage der Gotteshäuser kommt.

*** Chauvinistische Träume.** In den französischen Kommentaren zu den deutschen Reichstagswahlen hat, wie gemeldet, das Hirngespinst von dem Erwachen des „alten Deutschland" eine große Rolle gespielt. Es ist bei dieser Gelegenheit offenbar geworden, wie lebendig in Frankreich noch die Vorstellung ist, das einige deutsche Reich sei nur als etwas Vorläufiges, Totgeborenes zu betrachten. So darf man z. B. Louis d'Hurcourts Behauptung, die Rheinländer würden vermutlich auch heute noch, wie einst, gern unter den französischen Fahnen kämpfen wollen, nicht als einen schlechten Witz auffassen. Eine ähnlich vorsintflutliche Anschauung vertritt das chauvinistische „Echo de Paris", indem es von dem unbesiegbaren Gegensatz zwischen den germanisch-slawischen Ostelbiern und den reingermanischen Deutschen im Westen der Elbe erzählt und hinzufügt, ein hervorragender bayerischer Politiker habe kürzlich die Hypothese einer Rückkehr Süddeutschlands zu Oesterreich aufgestellt. Diese Hypothese ist absurd, weil Preußen eine eiserne Faust hat, aber wenn die Bayern und Hessen und selbst die Badener ihrer wahren Neigung ohne mathematisches Hindernis folgen könnten, würde diese Hypothese, so absurd sie ist, recht annehmbar.

*** Die antimilitaristische Bewegung.** Die „Voix du Peuple", das Organ der sozialistischen Syndikate in Frankreich, hat soeben ihre diesjährige antimilitaristische Sondernummer erscheinen lassen. Bekanntlich war gegen Verlag und Redaktion des Blattes wegen der vorjährigen Antimilitaristennummer eine gerichtliche Verfolgung eingeleitet worden; man hat indessen seit langem nichts mehr von dem Prozeß gehört. Die diesjährige Nummer übertrifft ihre Vorgängerin noch erheblich an Heftigkeit ihrer Ausfälle. In Bild und Wort werden die Soldaten zur Revolte aufgefordert, treu dem Grundsatz der Confédération générale du travail: „Die Kaserne soll die Schule der Revolution sein." Nur eine der Lehren, die den Rekruten erteilt werden, sei als charakteristisch hervorgehoben; sie lautet: „Das Vaterland! Das ist meine Haut, die ich täglich gegen die Raubgier meiner Arbeitgeber verteidige." — Der Major des 1. Bataillons vom 156. Infanterieregiment in Toul warnt seine Leute in einem bemerkenswerten Bataillonsbefehl vor der Propaganda ihrer antimilitaristischen Kameraden. Er verurteilt diese als „Verbrecher, die mit kleinen Streichen langsam ihre Mutter, die sie geboren hat, das Vaterland, dem sie Existenz und Freiheit verdanken, töten". Der Befehl schließt mit den Worten: „Auf jeden Fall hat das Uebel derartig um sich gegriffen, daß Verachtung und Ächtung ihm gegenüber energischem Handeln weichen müssen. Der Bataillonskommandeur fordert deshalb die Kompagniechefs auf, alle diese Individuen ins Gewahrsam zu schicken."

England.

*** Die mißvergnügten Matrosen.** Die englischen Blaujacken haben in der letzten Zeit zu wiederholten Malen ihrer Unzufriedenheit laut Ausdruck gegeben. Abgesehen von den Meutereien in Portsmouth mußte der Telegraph oft genug in den vergangenen Monaten Nachrichten aus englischen Häfen über schwere Disziplinwidrigkeiten von Kriegsschiffmatrosen bringen. Jetzt ist der Admiralität von einer Reihe von Matrosen eine Riesenpetition überreicht worden, die die Leute selbst als die „Magna Charta der Marine" bezeichnen, trotzdem offiziell das Schriftstück ein „Loyaler Appell vom Zwischendeck" heißt. Vor allen Dingen wird gefordert, daß jeder Matrose eine Uniform umsonst erhalten solle, daß die Küchen- und Messeverhältnisse verbessert werden sollen, und daß die Mannschaft an Bord gebackenes Brot zu essen bekommen soll. Ferner wird um Aufbesserung des Soldes und um bessere Behandlung durch die Vorgesetzten gebeten. Bittere Klage wird darüber geführt, daß Zollbeamte und Polizisten die Matrosen oft auf offener Straße durchsuchen. Ein lebhafter Protest wird dagegen erhoben, daß oft Leute für zu kurze Dienstzeit eingestellt werden, wodurch sowohl die Schlagfertigkeit der einzelnen Schiffe wie die gesamte Flotte leide.

Rußland.

*** Rußland in Siam.** Der siamesische Prinz Tschakrabon, der sieben Jahre im russischen Gardehusarenregiment Dienst tat und sich erst im vorigen Jahre vom Zaren Nikolaus II. verabschiedete, um in seine Heimat zurückzukehren, machte einem russischen Diplomaten gegenüber interessante Ausführungen: „Die Frage, ob Rußland eine Kohlenstation in Siam zu überlassen sei, war noch nicht offiziell Gegenstand eines Meinungsaustausches zwischen der russischen und der siamesischen Regierung. Diese Frage ist zwar ziemlich kompliziert, doch kommt für Siam hauptsächlich dabei in Betracht, welche Vorteile uns Rußland demgegenüber bieten könnte, wenn wir ihm eine Kohlenstation überlassen würden. Die Verwirklichung dieser Frage würde zweifellos bei den interessierten Mächten einen Protest hervorgerufen, und wir hätten zu entscheiden, ob die Nachteile eines solchen Protestes die russischerseits zu erwartenden Vorteile für uns überwiegen. Wir schätzen den Handelsverkehr mit den ausländischen Mächten hoch, und unsere Zölle sind gering (kaum 3 Prozent des Wertes), wodurch eine umfangreiche und freie Konkurrenz möglich ist. Unlängst hatte England in handelsindustrieller Beziehung die Vorhand, jetzt werden aber die englischen Waren von den deutschen verdrängt. Wir exportieren vorwiegend Reis und Teakholz, das überall als Material für Kriegs- und Handelsschiffe verwendet wird. Wir würden uns freuen, wenn das auch russischerseits für die neue Flotte geschähe." — Die neue russische Flotte schwimmt zurzeit noch auf dem Monde.

*** Unterdrückung der polnischen Sprache.** Nach einem Beschluß des russischen Ministerrats hat die Korrespondenz der katholischen Geistlichen in allen Verwaltungen der römisch-katholischen Institute des Zartums Polen in russischer Sprache zu erfolgen mit Ausnahme der Beschlüsse der Kirchengemeindeversammlungen der Geistlichen untereinander. Der Schriftverkehr der Geistlichen mit Regierungsbehörden, Beamten und den politischen Gemeinden muß in russischer Sprache geführt werden, mit Ausnahme der Fälle, in denen nach kanonischem Rechte die lateinische Sprache eingeführt ist. Der schriftliche Verkehr der Geistlichen mit dem Publikum muß in russischer Sprache geführt werden, doch kann auf Verlangen der Antragsteller eine Uebersetzung in die Ortssprache beigefügt werden. Das Publikum hat sich im schriftlichen Verkehr mit den geistlichen Institutionen der russischen Sprache zu bedienen; im Falle der Unkenntnis des Russischen kann auch die Ortssprache zugelassen werden. Diese Vorschriften ändern an der gegenwärtigen Rechtslage nichts, doch hatte sich im Laufe der Zeit die Uebung herausgebildet, daß die Geistlichen im Verkehr mit Privatpersonen sich ausschließlich der polnischen Sprache bedienten. Die Zivilstandsregister werden seit Ende der 60er Jahre in russischer Sprache geführt. Die Presse bezeichnet den Ministerratsbeschluß als durchaus „reaktionär". Er bestätige, daß die russische Freiheit und Konstitution sich nicht auf die bürgerliche Gleichberechtigung stütze, und daß in der Konstitutionsepoche das Russifizierungssystem sich weiter ausbreite und sich sogar auf diejenigen Gebiete des nationalen Lebens erstrecke, die bisher von seinem Einfluß freigeblieben waren.

*** Die Selbstverwaltung.** Die Regierung hat in aller Stille einen großen Vorrat von Gesetzesvorlagen für die zweite Duma vorbereitet. Jetzt bringt die offizielle Presse Mitteilungen über ein neu ausgearbeitetes Projekt einer Reform der lokalen Selbstverwaltung. Das neue Projekt ist aber mit all den Mängeln behaftet, die dem alten bureaukratischen System eigen sind. Der Ministerrat ließ den Ukas vom 25. Dezember 1904, nach dem allen Staatsbürgern gleiche Rechte und Pflichten an der lokalen Selbstverwaltung gewährt werden sollen, völlig unberücksichtigt. Das Wahlrecht soll, wie bisher, durch einen erheblichen Besitzzensus bedingt sein. Auf je 100 Tausend Rubel eingeschätzten Besitzes soll ein Mitglied der Semstwoversammlung gewählt werden. Ein Minimum der Zahl der Vertreter der Großgrundbesitzer ist festgesetzt, jedoch die kleinen Landbesitzer und die städtischen Immobilieninhaber im Nachteil sind. Ueber den Umfang und die Grenzen der Kompetenz der Semstwoselbstverwaltung wird nichts gesagt. Allem Anschein nach soll die Regierung in allen lokalen Angelegenheiten die Oberhand behalten, so daß die Selbstverwaltung nur eine Illusion ist. Die Kadettenpartei hat ihrerseits bereits ein Projekt der lokalen Verwaltung und Selbstverwaltung ausgearbeitet, das von dem ministeriellen grundverschieden ist. Vierzig Jahre währt nun bereits der Kampf um eine lokale Selbstverwaltung; hoffentlich bringt ihn die zweite Duma zu einem guten Ende.

*** Die Lage in Odessa.** Der „N. Fr. Pr." wird aus Odessa telegraphiert: Die Lage in Odessa ist sehr ernst geworden. Anarchisten überfallen täglich Polizeiwachen auf ihren Posten und erschießen sie. Die Tätigkeit des „Schwarzen Hunderts" greift immer mehr um sich. Bewaffnete drangen ins Bureau der Partei der friedlichen Erneuerung und nahmen von dort gewaltsam die Parteilisten und 10 000 Rubel mit.

*** Die politisierenden Schüler.** An der Freiheitsbewegung in Rußland nehmen bekanntlich auch die Schüler in hervorragender Weise teil. Sie begnügen sich aber nicht damit, ihre Unzufriedenheit gegen die bestehende Staatsordnung und die verhaßten Schulverhältnisse nur in Worten durch eine eigenartige, aber sehr flott betriebene Propaganda in den jetzt behördlicherseits erlaubten Schülerzeitungen zu äußern, sondern diese politisierenden Schüler veranstalten fortwährend Streiks und machen so den Lehrern den Unterricht unmöglich. Zwar geht die russische Regierung bei der Unterdrückung der Schülerstreiks überaus rigoros vor, läßt Hunderte von Schülern zu Krüppeln peitschen, interniert sie in Gefängnisse und verbannt sie sogar nach den entferntesten Gegenden Sibiriens. Aber der böse Geist herrscht noch immer in den Schülerkreisen und eröffnet so die traurigsten Perspektiven für die Zukunft. Das beliebteste Mittel der Schüler, einen Streik erfolgreich durchzuführen, ist die sogenannte chemische Obstruktion. Da wird in die Tintenfässer eine wie die Pest stinkende Flüssigkeit hineingetan und kurz vor Beginn des Unterrichtes das mit Wasser getränkte Karbid unter die Bänke geworfen, so daß der Lehrer sehr bald gezwungen ist, mit der ganzen Klasse die Flucht zu ergreifen. Aber nicht genug damit, gelingt es den Schülern hier und da, Bomben in die Schule zu schmuggeln und in der Garderobe zum Platzen zu bringen — trotz aller Bewachung. Bei solcher Gelegenheit ist zwar die Polizei schnell zur Stelle, mit der nötigen Exekution wird nicht gespart, die Schule wird vorübergehend geschlossen. Aber nichtsdestoweniger kehren solche chemischen Obstruktionen und Bombenexplosionen immer wieder.

Türkei.

*** Fehim Pascha unter Polizeiaufsicht.** Die Beschwerde des deutschen Botschafters gegen den Polizeichef der Hauptstadt scheint durchzuschlagen. Eine Depesche aus Stambul meldet: Gegen Fehim Pascha, den Generaladjutanten und Chef der geheimen Polizei, dessen Bestrafung der deutsche Botschafter wegen räuberischer Wegnahme einer inzwischen wieder freigegebenen deutschen Schiffsladung verlangt hatte, wurde auf Befehl des Sultans eine Untersuchung eingeleitet, die sich auch auf die sonst von Fehim Pascha seit langen Jahren begangenen Verbrechen erstreckt. Fehim Pascha ist einstweilen unter Polizeiaufsicht in seinem Hause gestellt worden; seine Truppe wurde aufgelöst. — Ganz Stambul wird aufatmen, wenn der allgemein verhaßte Günstling und Willkürherrscher zur Strecke gebracht wird. Auch die englische Presse zollt Botschafter von Marschall Beifall zu und seiner energischen Tat. Sie hat freilich doppelten Grund zur Freude, so oder so: entweder fällt der gewalttätige Fehim oder — der deutsche Einfluß erleidet Schiffbruch am Goldenen Horn, wenn Marschalls Aktion mißglückt.

Serbien.

*** Dementi.** In den Regierungskreisen wird mit Entschiedenheit erklärt, daß die neuerlichen Gerüchte von dem Rücktritte des Kabinetts Pasić jeder Begründung entbehren. Es liege keinerlei Anlaß zu einem solchen Schritte der Regierung vor, solange diese das Vertrauen des Königs genießt und über die Majorität in der Skupschtina verfügt. Der handelspolitische Konflikt mit Oesterreich-Ungarn könne unter den obwaltenden Umständen zu keiner Kabinettskrisis führen.

*** Ein Attentat auf den künftigen Prätendenten.** Vorgestern wurde in Bern gegen Georg Christitsch, den unehelichen Sohn des Königs Milan von Serbien, ein Dolchattentat ausgeführt. Der Dolchstich blieb wirkungslos, da er durch das Notizbuch Christitschs aufgefangen wurde. Die Verletzung soll unbedeutend sein. — Furchtbar skeptisch klingt es, wenn die offizielle Depesche der Nachricht hinzufügt, das Motiv der Tat sei unbekannt. Wenn man den Schlächter mit dem blutigen Messer neben dem toten Lamm stehen sieht, wer zweifelt dann, wie das Tier starb? Die wankende serbische Dynastie, deren Thron mit Blut zusammengeleimt wurde, muß weiter wanken den schrecklichen Pfad durch ein Blutmeer. Nachdem Duncan und Banquo gefallen sind, müssen die Mordgesellen gegen Malcolm und Fleance ausgesandt werden: anders findet Macbeth keine Ruhe. Herr Georg Christitsch, der vorgestern, vielleicht zu seinem Heile, so nachdrücklich daran gemahnt ist, daß die Geburt, wenn auch eine unregelmäßige, ihn zu einer politischen Rolle berufen hat, ist übrigens erst etwa 16—17 Jahre alt. Aber ein kluger Mann baut vor, sagt man in Belgrad; ülfr er i augum syni: „ein Wolf steckt im jungen Sohne", heißt es in der Edda. — Die Mutter von Georg Christitsch war bekanntlich die Gemahlin des Ministerpräsidenten, dessen Namen der Bastard König Milans trägt.

Marokko.

*** Die Offensive Si Gebbas Paschas.** Da die nach dem Fall von Zinat gepflogenen Unterhandlungen fruchtlos, und Raisuli und Kaid Zellal sich aufgedrungen treu blieben, so mußte Si Gebbas wohl oder übel mit Gewalt vorgehen. Er schickte Kanonen und Munition in das Lager von Guaret, dazu die aus Arzila zurückgekehrten Truppen und befahl an die Kabylen des Fahs, sich mit ihren Kontingenten bereitzuhalten für den Vormarsch in das Gebiet der Beni-Msaur. Bei Ramel el Malli wurde das neue Lager, zehn Kilometer vom Feinde entfernt, aufgeschlagen. Dann ging die M'halla, von den nur in geringer Zahl erschienenen und feindseligen Völkern des Hinterlandes begleitet, vorwärts. Sie fand die ersten beiden Duars leer, ein dritter wurde von etwa 50 Mann verteidigt, aber die Kanonen trieben sie aus ihrem Felsenversteck, 15 von ihnen wurden gefangen genommen und das Dorf geplündert. Wieder traf man alsdann zwei verlassene Dörfer an. Das dann folgende, leicht zu verteidigende, mußte in 1½stündigem Kampfe unter Verlust genommen werden. Man fand hier reiche Beute, denn die bisher Geflüchteten hatten ihre Habe hierher gebracht, daneben eine Anzahl toter und verwundeter Rebellen. Ghamit, ein Bruder Zellals, hatte den Widerstand an diesem Punkte geleitet, er stürzte auf der Flucht, entging aber mit den unverletzt gebliebenen Seinigen der drohenden Gefangenschaft. Um 5½ Uhr nachmittags kam die M'halla durch den Engpaß von Buchraibt, wo sie schwere Verluste erlitt, nach dem gleichnamigen, von Zellal bewohnten und wie das von Zinat einer Festung gleichenden Hause, auf welches ein erster Sturm begonnen, aber der einbrechenden Dunkelheit wegen nicht zu Ende geführt wurde. Bagdadi und Bel Ghazi hatten sicherlich die Terrainschwierigkeiten unterschätzt, die Truppen waren erschöpft, die Rückkehr in das Lager war eine Notwendigkeit. Auch zählte man 20 Tote und die doppelte Anzahl von Verwundeten. Und weil nun das „Große Fest" bevorstand, wurden weitere Operationen bis nach diesem verschoben. Doch haben sich, wie es heißt, Zellal und Raisuli unterdessen noch höher in das Gebirge zu den Beni Ider zurückgezogen, wohin die M'halla, zumal mit ihren Kanonen, ihnen nicht folgen kann. Weiterhin heißt es, daß Zellal alle Bergkabylen zu einer Beratung nach dem Sok Jussef einberufen hat, deren Beschlüsse ein weiteres Vorgehen der M'halla überhaupt allzu bedenklich machen würden.

Afrika.

*** Die Eingeborenen.** Aus dem französischen Kongo wird gemeldet, daß die wilden Stämme der Bondjos und Ewilis furchtbare Greueltaten an der französischfreundlichen Bevölkerung am Ubanghi verübten. Das Dorf Marianto wurde vollkommen zerstört, alle Bewohner wurden massakriert. Eine Sanga-Expedition wurde angeordnet, kann aber erst im April jene Gegend erreichen.